

Das Ende des amerikanischen Exzessionalismus

Trumps Wiederwahl wird die Macht der USA neu definieren

Von Daniel W. Drezner

12.11.2024

FOREIGN AFFAIRS

<https://www.foreignaffairs.com/united-states/end-american-exceptioinalism>

Übersetzung von Andreas Mylaeus

Das Einzige, worüber man sich bei Donald Trump nicht streiten kann, ist die Art und Weise, wie er seine zweite Amtszeit gewonnen hat. Obwohl Umfragen ein statistisches Unentschieden zeigten und die Befürchtung bestand, dass die Wahlergebnisse lange auf sich warten lassen würden, wurde Trump am frühen Mittwochmorgen zum Sieger erklärt. Anders als 2016 gewann er sowohl die Volksabstimmung als auch das Wahlkollegium und konnte seine Margen in fast allen demografischen Gruppen verbessern. Die Republikaner errangen eine starke Mehrheit von 53 Sitzen im Senat und werden wahrscheinlich auch die Kontrolle über das Repräsentantenhaus behalten. Für den Rest der Welt sollte das Bild klar sein: Trumps Bewegung „Make America Great Again“ (MAGA) wird die US-Außenpolitik in den nächsten vier Jahren bestimmen.

Jeder, der Trumps erste Amtszeit aufmerksam verfolgt hat, sollte mit seinen außenpolitischen Präferenzen und seinem außenpolitischen Vorgehen vertraut sein. Es gibt jedoch wahrscheinlich drei wesentliche Unterschiede zwischen der Außenpolitik der ersten und der zweiten Amtszeit von Trump. Erstens wird Trump mit einem homogeneren Team für nationale Sicherheit ins Amt kommen als 2017. Zweitens ist der Zustand der Welt im Jahr 2025 ein ganz anderer als 2017. Und drittens werden ausländische Akteure [Donald Trump](#) viel besser einschätzen können.

Trump wird die Weltpolitik diesmal mit größerem Selbstbewusstsein navigieren. Ob er mehr Glück haben wird, die Welt seinem „America first“-Ansatz zu unterwerfen, ist eine ganz andere Frage. Sicher ist jedoch, dass die Ära des amerikanischen Exzessionalismus vorbei ist. Unter Trump wird die US-Außenpolitik aufhören, die seit langem bestehenden amerikanischen Ideale zu fördern. In Kombination mit einem erwarteten Anstieg korrupter außenpolitischer Praktiken werden die [Vereinigten Staaten](#) wie eine gewöhnliche Großmacht aussehen.

DIE REGELN DES SPIELS

Trumps außenpolitische Weltanschauung ist seit seinem Eintritt in das politische Leben klar. Er glaubt, dass die von den USA geschaffene liberale internationale Ordnung im Laufe der Zeit die Karten gegen die Vereinigten Staaten gemischt hat. Um dieses Ungleichgewicht zu ändern, will Trump wirtschaftliche Ströme wie Importe und Einwanderer einschränken (obwohl er ausländische Direktinvestitionen im Inland begrüßt). Er möchte, dass Verbündete mehr Verantwortung für ihre eigene Verteidigung übernehmen. Und er glaubt, dass er mit Autokraten wie dem russischen Präsidenten [Vladimir Putin](#) oder dem nordkoreanischen Machthaber Kim Jong Un Geschäfte abschließen [cut deals] kann, die die Spannungen in globalen Krisenherden verringern und es den Vereinigten Staaten ermöglichen, sich nach innen zu orientieren.

Ebenso klar sind Trumps bevorzugte Mittel, um in der Weltpolitik das zu erreichen, was er will. Der ehemalige und zukünftige Präsident ist fest davon überzeugt, dass man andere Akteure durch Zwang, wie z.B. Wirtschaftssanktionen, unter Druck setzen kann. Er ist auch Anhänger der „Madman-Theorie“, bei der er anderen Ländern massive Zollerhöhungen oder „Feuer und Zorn“ [“fire and fury”] androht, in der festen Überzeugung, dass solche Drohungen sie dazu zwingen werden, größere Zugeständnisse zu machen, als sie es sonst tun würden. Gleichzeitig verfolgt Trump jedoch auch eine transaktionale Sichtweise der Außenpolitik und zeigt während seiner ersten Amtszeit die Bereitschaft, unterschiedliche Themen miteinander zu verknüpfen, um wirtschaftliche Zugeständnisse zu erreichen. In Bezug auf China zeigte Trump beispielsweise wiederholt die Bereitschaft, in anderen Fragen – dem harten Vorgehen in Hongkong, der Unterdrückung in Xinjiang und der Verhaftung eines leitenden Angestellten des chinesischen Technologieunternehmens Huawei – nachzugeben, um im Gegenzug ein besseres bilaterales Handelsabkommen zu erzielen.

Trumps außenpolitische Erfolgsbilanz während seiner ersten Amtszeit war ausgesprochen durchwachsen. Betrachtet man die neu verhandelten Abkommen für das Freihandelsabkommen mit Südkorea oder das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (das in „Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten, Mexiko und Kanada“ oder USMCA umbenannt wurde), so führten seine Versuche, Druck auszuüben, zu mageren Ergebnissen. Dasselbe gilt für seine Gipfeltreffen mit Kim Jong Un. Man kann jedoch argumentieren, dass dies auf die eher chaotische Natur des Weißen Hauses unter Trump zurückzuführen sein könnte. Es gab viele Momente, in denen Trump mit seiner eigenen Regierung im Krieg zu sein schien, was oft dazu führte, dass seine eher gemäßigten außenpolitischen Berater (wie Verteidigungsminister Jim Mattis und der Nationale Sicherheitsberater H. R. McMaster) als die „Erwachsenen im Raum“ bezeichnet wurden. Das Ergebnis war eine hohe Personalfluktuation und Unbeständigkeit in der außenpolitischen Positionierung, was Trumps Fähigkeit, seine Ziele zu erreichen, beeinträchtigte.

Trump 2.0 wird die Macht des amerikanischen Exzessionalismus begraben.

Das sollte für Trumps zweite Amtszeit kein Problem darstellen. In den letzten acht Jahren hat er genügend Gefolgsleute um sich geschart, um sein Team für Außenpolitik und nationale Sicherheit mit gleichgesinnten Beamten zu besetzen. Es ist weitaus unwahrscheinlicher, dass er auf Widerstand von seinen eigenen politischen Mitarbeitern stößt. Auch die Kontrolle über Trumps Politik wird weitaus schwächer sein. Die Legislative und die Judikative sind jetzt MAGA-freundlicher als noch 2017. Trump hat mehrfach angedeutet, dass er beabsichtigt, das Militär und die Bürokratie von Fachleuten zu säubern, die sich seiner Politik widersetzen, und er wird wahrscheinlich Schedule F* – eine Maßnahme zur Umklassifizierung von Beamtenstellen als politische Posten – nutzen, um sie zu vertreiben. In den nächsten Jahren werden die Vereinigten Staaten in der Außenpolitik mit einer Stimme sprechen, und diese Stimme wird die von Trump sein.

Obwohl Trumps Fähigkeit, die außenpolitische Maschinerie zu steuern, gestärkt wird, ist seine Fähigkeit, die Stellung der Vereinigten Staaten in der Welt zu verbessern, eine andere Frage. Die bekanntesten Verstrickungen der USA bestehen in der Ukraine und im Gazastreifen. Während des Wahlkampfs 2024 kritisierte Trump Biden für den chaotischen Rückzug der USA aus Afghanistan im Jahr 2021 und behauptete, dass „die Demütigung in Afghanistan den Zusammenbruch der amerikanischen Glaubwürdigkeit und des Respekts in der ganzen Welt ausgelöst hat“. Ein ähnliches Ergebnis in der Ukraine würde für Trump ähnliche politische Probleme mit sich bringen. In Gaza hat Trump [Benjamin Netanyahu](#) aufgefordert, „den Job zu beenden“ und die Hamas zu zerstören. Netanjahus mangelnde strategische Vision, diese Aufgabe zu erfüllen, deutet jedoch darauf hin, dass Israel einen andauernden Krieg führen wird, der viele potenzielle Partner der USA in der Welt verprellt hat. In Wirklichkeit wird es für Trump schwieriger sein, die Vereinigten Staaten aus diesen Konflikten zurückzuziehen, als er im Wahlkampf behauptet hat.

Darüber hinaus haben sich die globalen Spielregeln seit 2017 geändert, als bestehende US-Initiativen, Koalitionen und Institutionen noch sehr einflussreich waren. In der Zwischenzeit sind andere Großmächte aktiver geworden, um ihre eigenen Strukturen unabhängig von den Vereinigten Staaten zu schaffen und zu stärken. Diese reichen von den BRICS+ über die OPEC+ bis hin zur Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit. Etwas informeller kann man eine „Koalition der Sanktionierten“ erkennen, in der China, Nordkorea und der Iran Russland gerne dabei helfen, die globale Ordnung zu stören. Trump könnte sich durchaus einigen dieser Gruppierungen anschließen wollen, anstatt überzeugende Alternativen für sie zu schaffen. Seine erklärten Bemühungen, diese Gruppierungen zu spalten, werden wahrscheinlich scheitern. Autokraten mögen einander misstrauen, aber sie werden Donald Trump mehr misstrauen.

Der wichtigste Unterschied zwischen Trump 2.0 und Trump 1.0 ist jedoch auch der einfachste: Donald Trump ist jetzt eine bekannte Größe auf der Weltbühne. Wie die Columbia-Professorin Elizabeth Saunders kürzlich feststellte: „Bei der Wahl 2016 war Trumps Außenpolitik etwas rätselhaft. (...) 2024 sind Trumps Handlungen jedoch viel leichter vorherzusagen. Der Kandidat, der der ‚Verrückte‘ sein wollte und die Idee liebte, andere Länder im Unklaren zu lassen, ist zu einem Politiker mit einer ziemlich vorhersehbaren Agenda geworden.“ Staats- und Regierungschefs wie Xi, Putin, Kim, der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan und sogar der französische Präsident [Emmanuel Macron](#) haben Trumps Masche schon einmal erlebt. Sowohl Großmächte als auch kleinere Staaten wissen inzwischen, dass der beste Weg, mit Trump umzugehen, darin besteht, ihn mit Pomp und Prunk zu überschütten, ihn in der Öffentlichkeit nicht auf Fakten zu überprüfen, auffällige, aber symbolische Zugeständnisse zu machen und sich darauf zu verlassen, dass ihre Kerninteressen im Großen und Ganzen gewahrt bleiben. Trumps Verhandlungsstil hat in seiner ersten Amtszeit nur minimale konkrete Gewinne gebracht; in seiner zweiten Amtszeit wird er noch weniger einbringen.

NICHT MEHR AUSSERGEWÖHNLICH

Bedeutet das alles, dass Trump 2.0 einfach nur mehr vom Gleichen sein wird? Nicht ganz. Trumps Wiederwahl lässt zwei Trends in der US-Außenpolitik erwarten, die sich nur schwer umkehren lassen werden. Der erste ist die unvermeidliche Korruption, die die US-Politik beeinträchtigen wird. Ehemalige politische Führungskräfte früherer Regierungen, von Henry Kissinger bis Hillary Clinton, haben von ihrem öffentlichen Dienst durch Buchverträge, Grundsatzreden und geopolitische Beratung profitiert. Ehemalige Trump-Beamte haben dies jedoch auf eine ganz neue Ebene gehoben. Berater wie Trumps Schwiegersohn und Berater im Weißen Haus, Jared Kushner, und Richard Grenell, ehemaliger Botschafter und amtierender Direktor des Nationalen Nachrichtendienstes, nutzten die Verbindungen, die sie als politische Entscheidungsträger geknüpft hatten, um sich fast unmittelbar nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt Milliarden an Auslandsinvestitionen (auch von ausländischen staatlichen Investmentfonds) und Immobiliengeschäfte zu sichern. Es ist nicht überraschend, wenn ausländische Geldgeber nach ihrer Amtszeit mit impliziten und expliziten Versprechungen lukrativer Geschäfte an Trumps Beraterstab herantreten – solange sie mitspielen, solange sie an der Macht sind. Kombiniert man dies mit der erwarteten Rolle, die Milliardäre wie Elon Musk in Trump 2.0 spielen werden, kann man einen dramatischen Anstieg der Korruption in der US-Außenpolitik vorhersehen.

Der andere Trend, den Trump 2.0 beschleunigen wird, ist das Ende des amerikanischen Exzessionalismus. Von Harry Truman bis Joe Biden haben sich die US-Präsidenten der Auffassung verschrieben, dass amerikanische Werte und Ideale eine wichtige Rolle in der US-Außenpolitik spielen. Diese Behauptung wurde zu verschiedenen Zeiten angefochten, aber die Förderung der Demokratie und der Menschenrechte wurde schon seit geraumer Zeit als im nationalen Interesse liegend identifiziert. Der

Politikwissenschaftler Joseph Nye argumentiert, dass diese amerikanischen Ideale ein Kernbestandteil der Soft Power der USA sind.

Fehlentscheidungen in der US-Politik sowie der russische „Whataboutism“^{**} – die Ablenkung von Kritik am eigenen schlechten Verhalten durch den Hinweis auf das schlechte Verhalten eines anderen – haben die Macht des amerikanischen Exzessionalismus untergraben. Trump 2.0 wird ihn begraben. Tatsächlich bedient sich Trump selbst einer Version des Whataboutism, wenn es um amerikanische Werte geht. Zu Beginn seiner ersten Amtszeit bemerkte er: „Wir haben viele Möder. Was glauben Sie – ist unser Land so unschuldig?“

Damals konnte das ausländische Publikum noch davon ausgehen, dass die meisten Amerikaner dies nicht glaubten, da Trump die Wahl nicht gewonnen hatte. Die Wahl 2024 widerlegt diese Annahme. Während des Wahlkampfs versprach Trump, [Mexiko](#) zu bombardieren und legale Einwanderer abzuschlieben, bezeichnete Oppositionspolitiker als „Feinde von innen“ und behauptete, Migranten würden das Blut des Landes „vergiften“. Trotz alledem – oder vielleicht gerade deswegen – gewann Trump die Mehrheit der Stimmen. Wenn der Rest der Welt auf Trump blickt, wird er nicht länger eine anormale Ausnahme des amerikanischen Exzessionalismus sehen; er wird sehen, wofür Amerika im 21. Jahrhundert steht.

*Anmerkung des Übersetzers:

"Schedule F" war eine Anordnung, die von Ex-Präsident Donald Trump im Oktober 2020 unterzeichnet wurde. Die Anordnung, offiziell als "Executive Order on Creating Schedule F in the Excepted Service" bekannt, zielte darauf ab, bestimmte Bundesangestellte als „Schedule F“-Mitarbeiter neu zu klassifizieren. Hier sind die wichtigsten Aspekte von Schedule F:

- **Geltungsbereich:** Sie richtete sich an Bundesangestellte in politisch relevanten Positionen, die in die Formulierung und Umsetzung von Richtlinien involviert sind. Dies hätte potenziell Tausende von Regierungsangestellten in verschiedenen Behörden betroffen.
- **Abbau von Arbeitsplatzsicherheiten:** „Schedule F“-Mitarbeiter würden viele der üblichen Schutzmechanismen des öffentlichen Dienstes verlieren, die normalerweise für Bundesangestellte gelten, was es einfacher gemacht hätte, diese aufgrund von Leistung oder politischen Erwägungen einzustellen oder zu entlassen.
- **Mögliche Auswirkungen auf den öffentlichen Dienst:** Die Anordnung führte dazu, dass Karriere-Beamte durch Personen ersetzt werden sollten, die der amtierenden Regierung loyaler gegenüberstehen.

- **Umsetzung und Rücknahme:** Die Anordnung stieß auf erheblichen Widerstand und logistische Herausforderungen und wurde vor dem Ende von Trumps Amtszeit nicht vollständig umgesetzt. Präsident Joe Biden hob die Anordnung im Januar 2021 auf.

** „Whataboutism“ – „What about...“ = „Was ist mit...“

The End of American Exceptionalism

Trump's Reelection Will Redefine

By Daniel W. Drezner

November 12, 2024

<https://www.foreignaffairs.com/united-states/end-american-exceptionalism>

The only thing uncontroversial about Donald Trump is how he won his second term. Despite polls showing a statistical dead heat and fears of a long, drawn-out wait for election results, Trump was declared the winner early last Wednesday morning. Unlike in 2016, he won the popular vote as well as the Electoral College, improving his margins in almost every demographic. Republicans won a strong Senate majority of 53 seats, and they look likely to maintain control of the House of Representatives. To the rest of the world, the picture should be clear: Trump's "Make America Great Again" (MAGA) movement will define U.S. foreign policy for the next four years.

Any close observer of Trump's first term should be familiar with his foreign policy preferences as well as his foreign policy process. However, there are likely to be three significant differences between Trump's first- and second-term foreign policies. First, Trump will come into office with a more homogeneous national security team than he had in 2017. Second, the state of the world in 2025 is rather different than it was in 2017. And third, foreign actors will have a much better read of [Donald Trump](#).

Trump will navigate world politics with greater confidence this time around. Whether he will have any better luck bending the world to his "America first" brand is another question entirely. What is certain, however, is that the era of American exceptionalism has ended. Under Trump, U.S. foreign policy will cease promoting long-standing American ideals. That, combined with an expected surge of corrupt foreign policy practices, will leave the [United States](#) looking like a garden-variety great power.

THE RULES OF THE GAME

Trump's foreign policy worldview has been clear ever since he entered political life. He believes that the U.S.-created liberal international order has, over time, stacked the deck against the United States. To change that imbalance, Trump wants to restrict inward economic flows such as imports and immigrants (although he likes inward foreign direct investment). He wants allies to shoulder more of the burden for their own defense. And he believes that he can cut deals with autocrats, such as Russia's [Vladimir Putin](#) or North Korea's Kim Jong Un, that will reduce tensions in global trouble spots and allow the United States to focus inward.

Equally clear are Trump's preferred means of getting what he wants in world politics. The former and future president is a strong believer in using coercion, such as economic sanctions, to pressure other actors. He also subscribes to the "madman theory," in which he will threaten massive tariff increases or "fire and fury" against other countries in the firm belief that such threats will compel them into offering greater concessions than they otherwise would. At the same time, however, Trump also practices a transactional view of foreign policy, demonstrating a willingness during his first term to link disparate issues to secure economic concessions. On China, for example, Trump displayed a recurring willingness to give ground on other issues—the crackdown in Hong Kong, the repression in Xinjiang, the arrest of a senior executive of the Chinese tech company Huawei—in return for a better bilateral trade deal.

Trump's foreign policy track record during his first term was decidedly mixed. If one looks at the renegotiated deals for the South Korea Free Trade Agreement or the North American Free Trade Agreement (rebranded as the United States-Mexico-Canada Agreement, or USMCA), his attempts at coercion produced meager results. The same is true with his summity with Kim Jong Un. But one can argue that this might have been because of the rather chaotic nature of the Trump White House. There were plenty of times when Trump seemed at war with his own administration, often leading to the characterization of his more mainstream foreign policy advisers (such as Secretary of Defense Jim Mattis and National Security Adviser H. R. McMaster) as the "adults in the room." The result was a lot of personnel churn and inconstancy in foreign policy positioning, which degraded Trump's ability to achieve his aims.

Trump 2.0 will bury the power of American exceptionalism.

That should not be an issue for Trump's second term. Over the past eight years, he has collected enough acolytes to staff his foreign policy and national security team with like-minded officials. He is far less likely to meet resistance from his own political appointees. Other checks on Trump's policy will also be far weaker. The legislative and judicial branches of government are now more MAGA-friendly than they were in 2017. Trump has indicated numerous times that he intends to purge the military and bureaucracy of professionals who oppose his policies, and he will likely use Schedule F—a measure to reclassify civil service positions as political slots—to force them out. For the next few years, the United States will speak with one voice on foreign policy, and that voice will be Trump's.

Although Trump's ability to command the foreign policy machinery will be enhanced, his ability to improve the United States' place in the world is another matter. The most prominent U.S. entanglements are in Ukraine and Gaza. During the 2024 campaign, Trump criticized Biden for the chaotic 2021 U.S. withdrawal from Afghanistan, asserting that "the humiliation in Afghanistan set off the collapse of American credibility and respect all around the world." A similar outcome in Ukraine would create similar political problems for

Trump. In Gaza, Trump has urged [Benjamin Netanyahu](#) to “finish the job” and destroy Hamas. Netanyahu’s lack of strategic vision to accomplish this task, however, suggests that Israel will be prosecuting an ongoing war that has alienated many potential U.S. partners in the world. The reality is that Trump will find it more difficult to withdraw the United States from these conflicts than he claimed on the campaign trail.

Furthermore, the global rules of the game have changed since 2017, when existing U.S. initiatives, coalitions, and institutions still had a lot of juice. In the interim, other great powers have become more active in creating and bolstering their own structures independent of the United States. These range from the BRICS+ to OPEC+ to the Shanghai Cooperation Organization. More informally, one can see a “coalition of the sanctioned,” in which China, North Korea, and Iran are happy to help Russia disrupt global order. Trump may very well want to join some of these groupings rather than create compelling substitutes for them. His stated efforts to divide these groupings will likely fail. Autocrats might distrust each other, but they will distrust Donald Trump more.

The most important difference between Trump 2.0 and Trump 1.0, however, is also the simplest: Donald Trump is now a known commodity on the global stage. As the Columbia professor Elizabeth Saunders recently observed, “In the 2016 election, Trump’s foreign policy was somewhat mysterious. . . . In 2024, however, Trump’s actions are far easier to predict. The candidate who wanted to be the ‘madman’ and loved the idea of keeping other countries guessing has become a politician with a pretty predictable agenda.” Leaders such as Xi, Putin, Kim, Turkish President Recep Tayyip Erdogan, and even French President [Emmanuel Macron](#) have seen Trump’s schtick before. Both great powers and smaller states know by now that the best way to deal with Trump is to shower him with pomp and circumstance, abstain from fact-checking him in public, make flashy but token concessions, and remain secure that by and large their core interests will be preserved. Trump’s negotiating style yielded minimal concrete gains in his first term; it will yield less than that in his second term.

NO LONGER AN EXCEPTION

Does all of this mean Trump 2.0 will just be more of the same? Not exactly. Trump’s reelection augurs two trends in U.S. foreign policy that will be difficult to reverse. The first is the inevitable corruption that will compromise U.S. policies. Former policy principals in prior administrations, from Henry Kissinger to Hillary Clinton, have profited from their public service through book deals, keynote speeches, and geopolitical consulting. Former Trump officials have taken this to a whole new level, however. Advisers such as Trump’s son-in-law and White House aide Jared Kushner and Richard Grenell, a former ambassador and acting director of national intelligence, leveraged the ties they made as policymakers to secure billions in foreign investment (including from foreign government investment funds) and real estate

deals almost immediately after they left office. It will not be surprising if foreign benefactors approach Trump's coterie of advisers with implicit and explicit promises of lucrative deals after their time in office—as long as they play ball while in power. Combine this with the expected role that billionaires such as Elon Musk will play in Trump 2.0, and one can foresee a dramatic increase in the corruption of U.S. foreign policy.

The other trend that Trump 2.0 will accelerate is the end of American exceptionalism. From Harry Truman to Joe Biden, U.S. presidents have embraced the notion that American values and ideals play an important role in U.S. foreign policy. This claim has been contested at various times, but promoting democracy and advancing human rights has been identified as in the national interest for quite some time. The political scientist Joseph Nye has argued that these American ideals are a core component of U.S. soft power.

U.S. policy blunders, as well as Russian “whataboutism”—deflecting criticism of one’s own bad behavior by pointing to another’s bad behavior—have eroded the power of American exceptionalism. Trump 2.0 will bury it. Indeed, Trump himself embraces a version of whataboutism when it comes to American values. Early in his first term he noted, “We’ve got a lot of killers. What do you think—our country’s so innocent?”

Back then, foreign audiences could rationalize that most Americans did not believe this, given that Trump did not win the popular vote. The 2024 election shatters that belief. During the campaign, Trump promised to bomb [Mexico](#) and to deport legal immigrants, called opposition politicians the “enemies from within,” and claimed that migrants were “poisoning the blood” of the country. Despite all this—or perhaps because of it—Trump won a popular majority. When the rest of the world looks at Trump, they will no longer see an aberrant exception to American exceptionalism; they will see what America stands for in the twenty-first century.